

Regierungserklärung des designierten Präsidenten der Regionalregierung Luis Durnwalder

verlesen im Regionalrat am 21. Jänner 2009

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Damen und Herren Abgeordnete,

vielleicht tue ich der Arbeit in den kommenden fünf Jahren in der Region Trentino-Südtirol und in den beiden Ländern, die sie bilden, Unrecht, wenn ich sie auf einen einzigen Leitgedanken herunterzubrechen versuche. Ich werde es trotzdem tun, denn meines Erachtens gibt es diesen Leitgedanken: Es ist der gemeinsame und überzeugte Einsatz zum Schutz, zum Ausbau und zu einer bestmöglichen Vermittlung unserer Autonomie. Denn sie ist es, die unsere Länder zu etwas Besonderem macht.

Wenn wir uns diesem Leitgedanken verpflichtet fühlen – und darüber herrscht kein Zweifel, wenn man unser Koalitionsprogramm liest – wenn wir uns also diesem Leitgedanken verpflichtet fühlen, dann beginnt unsere Arbeit damit, die Autonomie zu verteidigen und auszubauen. Das geschieht auf römischer Ebene in der Auseinandersetzung mit den jeweiligen Regierungen, gänzlich unabhängig davon, welcher politischer Couleur sie sind, das geschieht aber auch auf allen anderen politischen Ebenen – bis hinauf nach Brüssel.

Und eines muss dabei klar sein: Auch die Autonomie ist kein Selbstzweck. Vielmehr gilt unser Einsatz für die Autonomie letztendlich dem Ziel, unsere beiden Länder voranzubringen, ihr Potential auszuschöpfen. Dazu dient die gemeinsame Politik mit den Bürgern und für die Bürger, die wir im Rahmen der Region vorantreiben.

Einer Region, das wird jeder feststellen können, die ihr Gesicht gewandelt hat, schlanker und effizienter geworden ist und zuallererst der Koordination der beiden Länder dient. Sie ist so zu einem Instrument geworden, mit dem wir gemeinsame Probleme effizienten Lösungen zuführen können, wobei effizient durchaus in inhaltlichen wie in monetären

Termini gelesen werden sollte. Dies kann die Region leisten und dies wird sie auch in den vor uns liegenden fünf Jahren tun. Fünf Jahren, die mit Herausforderungen nicht geizen.

Unsere Ausgangssituation ist dabei eine für viele andere Regionen beneidenswerte: So finden sich die Länder Trentino und Südtirol auch in den jüngsten Erhebungen immer noch unter den 40 wohlhabendsten in ganz Europa, staatsweit rangieren wir an der Spitze, was die Lebensqualität betrifft, wobei nicht nur die Daten zu Einkommen und Dienstleistungen beeindruckend sind, sondern auch – und vor allem – die Daten zur Sicherheit und die niedrige Kriminalitätsrate: Es gibt, werte Damen und Herren Abgeordnete, keinen Grund zur Besorgnis, wie uns all jene einzureden versuchen, die ihr politisches Kapital im Schüren der Ängste von Bürgerinnen und Bürger verorten.

Ein Grund, sich wohlig zurückzulehnen? Nein, sicher nicht, denn zu tun bleibt vieles, zu verbessern auch, und zwar auch über die Zusammenarbeit der beiden Länder in dieser Region. Wir kennen Lichter und Schatten dieses politischen Gebildes namens Region, eines Gebildes, das eine mittlerweile Jahrzehnte umfassende Geschichte hinter sich hat, in dieser Zeit laufend verändert worden ist und eine Reihe von politischen Zerwürfnissen miterlebt hat, die die Geschichte der Region in der Vergangenheit geprägt haben.

Angesichts dieser Geschichte müssen wir uns über eines klar werden: In der Regionalpolitik, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sind die Abläufe andere, als in der Landespolitik und was es braucht ist in erster Linie Absprache, Zusammenarbeit und – nicht zuletzt – Geduld.

Einen wichtigen Schritt zu einer Anpassung der Region an die Erfordernisse der Zeit – einen meines Erachtens auch erfolgreichen Schritt – haben wir bereits vor fünf Jahren gesetzt. Damals wurde erstmals die Rotation eingeführt, die eine Regionalregierung unter der abwechselnden Führung der beiden Landeshauptleute von Südtirol und des Trentino vorsieht. Diese Rotation hat einen beachtlichen Qualitätssprung in der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ermöglicht, weshalb wir diesen vor fünf Jahren eingeschlagenen Weg auch weitergehen wollen. Die Rotation hat aber auch zu einer neuen Denkweise beigetragen, die die Zusammenarbeit der beiden Länder in den Mittelpunkt stellt und so die Voraussetzungen schafft für eine erfolgreiche Partnerschaft im Herzen der Alpen.

Worum geht es aber in dieser Partnerschaft? Es geht in erster Linie darum, die langfristige Entwicklung entlang der Brennerachse in unserem Sinne zu beeinflussen. Dazu gehört eine zeitgemäße Infrastruktur ebenso, wie die Institutionalisierung der Europaregion, die sich aus einem Nebeneinander der drei Länder Südtirol, Trentino und Tirol heraus immer stärker auf ein Miteinander in einer Alpenregion hin ausrichten soll. Einer Alpenregion, die – ohne jeden Anflug eines Minderwertigkeitskomplexes – mit der EU in Dialog treten kann, wann immer es darum geht, die Interessen des Alpenraums zu vertreten.

Darüber hinaus geht es in unserer regionalen Partnerschaft um die konkrete Zusammenarbeit in Bereichen, die für beide Länder strategisch wichtig sind: ich nenne das Gesundheitswesen als Beispiel, aber auch die Bildung oder die Forschung. Bereiche, auf die ich später noch einmal zurückkommen werde.

Letztendlich geht es darum, dieser Region ein pragmatisches und gleichzeitig europäisches Gesicht zu geben, das die Eigenheiten und Eigenständigkeiten der beiden Länder gebührend berücksichtigt.

Mit einer Region, die ein solches Gesicht trägt, können wir die Herausforderungen angehen, die sich uns in den kommenden fünf Jahren zweifelsohne stellen werden. Da ist zuallererst die weltweite Finanzkrise, die sich zu einer realwirtschaftlichen Gefahr auszuwachsen droht. Eine Gefahr, die von unseren Familien, von unseren Arbeitnehmern, von unseren Unternehmern und deshalb auch von uns gefühlt wird. In beiden Ländern ergreifen wir Maßnahmen zur Abfederung der Folgen der Krise und auch in der Region werden wir alle verfügbaren Möglichkeiten ausschöpfen, um die Krise aktiv anzugehen, anstatt passiv deren Folgen zu erleiden.

Grenzüberschreitend können wir etwa Maßnahmen zur Stärkung unserer Wirtschaft setzen, indem wir auf bereits bestehende Stärken zurückgreifen und sie durch die Zusammenarbeit zwischen Trient und Bozen noch potenzieren. Ich denke in diesem Zusammenhang etwa an Synergien, die sich an einer engeren Kooperation zwischen „Trentino Sprint“ und EOS ergeben, wenn es um die Internationalisierung unserer Unternehmen geht, aber auch an gemeinsame Initiativen zur Vermarktung unserer landwirtschaftlichen Produkte und nicht zuletzt unseres touristischen Potentials.

Ein ganz zentrales Element zur Bewältigung der Krise ist zudem die Entlastung unserer Familien bzw. deren Unterstützung, etwa über die regionalen Fonds, mit denen wir unser Familienpaket speisen. Ein Paket, das gerade in unsicheren Zeiten ein Stück Sicherheit garantiert und deshalb noch weiter ausgebaut werden soll, indem wir als Regionalregierung die politischen Zuständigkeiten im Sozial- und Vorsorgebereich voll ausschöpfen. Oberstes Ziel ist dabei der Ausbau der Ergänzungsvorsorge, von deren Bedeutung wir möglichst alle Bürger – auch die selbständig Tätigen – überzeugen müssen. Dies wird angesichts der Hiobsbotschaften von den Finanzmärkten nur möglich sein, wenn wir den Bürgern garantieren, dass ihre Einzahlungen sicher und profitabel angelegt werden.

Zudem wollen wir als weitere Entlastung überprüfen, inwieweit all jenen ein regionaler Lohnausgleich gewährt werden kann, die sich mit prekären Arbeitsverhältnissen über Wasser gehalten haben und sich plötzlich ohne Arbeit, ohne rechtlichen Schutz und ohne finanzielle Hilfe – etwa in Form eines Arbeitslosengeldes – wieder finden.

Alles in allem hat sich das Familienpaket bewährt und wir werden es auch in den kommenden fünf Jahren fortführen – in enger Absprache zwischen den beiden Ländern, nicht zuletzt, um eventuelle Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.

Die Region muss auch in diesem Bereich eine effiziente, schlanke Plattform für eine möglichst reibungslose Zusammenarbeit zwischen Trient und Bozen bilden. Dies auch und vor allem angesichts des langen und wahrscheinlich noch sehr steinigen Weges, den der Staat in Richtung Föderalismus eingeschlagen hat. Auf diesem Weg müssen sich alle Beteiligten bewusst sein, dass Föderalismus auch ein Mehr an Verantwortung mit sich bringt und dass die politischen wie administrativen Strukturen diesem Mehr an Verantwortung qualitativ gewachsen sein müssen. Wir glauben, in dieser Entwicklung an einem guten Punkt angelangt zu sein. Bereits vor fünf Jahren haben wir uns auf die neuen Herausforderungen eingestellt und die allermeisten regionalen Zuständigkeiten sowie die damit zusammenhängenden finanziellen Mittel an die beiden Länder übertragen. Diese Delegation hat Früchte getragen, hat Doppelgleisigkeiten beseitigt, hat Ressourcen gebündelt und so dazu beigetragen, dass die Mittel der Region effizient, bürgernah und zielorientiert ausgegeben werden konnten. Und auch weiterhin ausgegeben werden. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Verhandlungen rund um die Einführung des Steuerföderalismus' zu verweisen, die wir laufend mit dem Staat führen. Auch hier gilt: Eine enge Absprache zwischen den beiden Ländern Südtirol und Trentino erhöht die

Chancen wesentlich, unsere Interessen in Rom durchzusetzen und die Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut so abzuändern, dass sich der Schutz der Autonomie und die neuen delegierten Kompetenzen bestmöglich vereinbaren lassen.

Wir haben damit auch Vorarbeit geleistet im Hinblick auf jene staatlichen Reformen, die empfindliche Einsparungen bei öffentlichen Ausgaben mit sich bringen werden. Schon allein deshalb müssen und werden wir alle Ausgabenposten sorgfältig überprüfen und von dieser Überprüfung auch die Kosten der Politik nicht aussparen. Wir werden dieses Thema mit kühlem Kopf angehen, sachlich, distanziert, mit einem wachen Blick auf die regionalen Eigenheiten und die gesetzlichen Vorschriften, in denen die Bezüge der Politiker geregelt sind, und zwar nicht nur jene auf regionaler oder Landesebene, sondern auch jene auf Bezirks- oder Gemeindeebene.

Im Zusammenspiel dieser verschiedenen Ebenen der Politik ist auch die Notwendigkeit zu nennen, das Kompetenzgefüge zwischen Region, Land, Bezirken und Gemeinden zu überprüfen. Dazu gilt es, die Gemeindenordnung zu überarbeiten. Ziel der Reform müssen kommunale Strukturen sein, die den Gemeinden möglichst große Stabilität, aber auch möglichst reibungslose Regierbarkeit gewährleisten. Ziel muss zudem sein, die Rolle der Gemeinderäte zu stärken. Darüber hinaus müssen wir uns der Figur des Gemeindesekretärs annehmen, deren Status neu geregelt werden muss. Hier gilt es, nicht nur die Interessen der Gemeindenverbände zu berücksichtigen, sondern auch jene der Sekretäre.

Und wenn wir schon bei Reformen sind: Auch die Anpassung des Autonomiestatuts steht an und hier wird es – unter Einbezug aller politischer und sozialer Kräfte – auch um eine Neufassung der Rolle der Region gehen. In der Praxis haben wir diese Rolle bereits überdacht, rein rechtlich muss dieser Entwicklungsprozess aber noch nachvollzogen und bestmöglich definiert werden. Ein entsprechendes Grundsatzdokument werden wir als Regierungsmehrheit in kürzestmöglicher Zeit ausarbeiten. Notwendig ist aber nicht nur eine Neudefinition der politischen Rolle der Region, sondern – daraus folgend – auch eine gründliche Diskussion über die Reorganisation der Verwaltung. Das entsprechende Gesetz wird eines der wichtigsten politischen Vorhaben in dieser Legislatur sein. Dazu müssen wir uns Gedanken über die Beziehungen zwischen den Sprachgruppen in der Region ebenso machen, wie über das Verhältnis zwischen unseren autonomen

Ländern und dem Staat sowie nicht zuletzt über die Entwicklung unserer grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Trient, Bozen und Innsbruck.

Weniger grenzüberschreitend denn regional zu regeln, ist auch die Justiz, zumindest in dem kleinen Teil, der in unsere Zuständigkeit fällt. Derzeit ist eine entsprechende Durchführungsbestimmung noch ausständig, doch werden wir uns weiterhin darum bemühen, das Angebot der Friedensgerichte zu verbessern. Und wo es möglich und gewünscht ist, werden wir auch der Gerichtsverwaltung unter die Arme greifen.

Dass wir unser Handwerk in Sachen Verwaltung nämlich verstehen, zeigt nicht zuletzt der Bereich Grundbuch und Katasterwesen, ein Bereich, der in die Zuständigkeit der Region fällt, allerdings an die Länder delegiert worden ist. Gerade hier ist der Übergang von der klassischen zur modernen, papierlosen Verwaltung augenscheinlich. Nicht mehr dicke Wälzer werden das Bild in Zukunft prägen, sondern Computer, digitale Daten und das Internet, über das wir den Bürgern bequem, schnell und transparent Zugang zu diesen Daten schaffen.

Lassen Sie mich aus dem Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre auch das Thema Energiepolitik herausgreifen, das dank der Vereinbarungen mit Enel und Edison in eine neue Ära vorgestoßen ist. In der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ist dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, indem wir ausloten, inwieweit die Kooperation unserer Landesgesellschaften in den Bereichen der Produktion und der Verteilung von Strom, aber auch von Gas oder Telekommunikations-Diensten den Bürgern in beiden Ländern Vorteile bringen könnte.

Gleichzeitig sind wir aber auch gefordert, in anderen Energiebereichen gemeinsame Wege zu beschreiten: in der Forschung, in der Nutzung erneuerbarer Energiequellen, in der Entwicklung neuer Technologien zur Energieeinsparung, in der Perfektionierung und Verbreitung dessen, was als „KlimaHaus“ Eingang in unseren Sprachgebrauch gefunden hat.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Erlauben Sie mir noch einmal auf einen Punkt zurückzukommen, den ich eingangs schon einmal kurz angesprochen habe und den ich für grundlegend halte: Die Region wird ihre Rolle darin finden, dass sie den beiden Ländern als Plattform für einen möglichst effizienten Austausch dient. Einen Austausch

über all jene Probleme und Anliegen, die unsere Länder gleichermaßen betreffen, um sie intern einer Lösung zuzuführen. Mehr noch: Nachdem es um die Verteidigung und den Ausbau unserer Autonomie geht, muss unsere Partnerschaft nicht nur nach innen, sondern auch – und vor allem – nach außen gerichtet sein. Arbeiten wir zusammen – in Rom etwa oder auch in Brüssel – dann und nur dann erreichen wir eine kritische Masse im Austausch mit staatlichen oder europäischen Institutionen, dann und nur dann können wir die Anliegen des Alpenraums wirksam vertreten.

Diese neue Rolle der Region, die unserer Zusammenarbeit als Rahmen dient, gilt es allerdings auch den Bürgerinnen und Bürgern im ganzen Alpenraum näher zu bringen. Sie müssen wissen, dass wir es sind, die ihre Anliegen sammeln, ihre Interessen bündeln und ihnen im Chor der großen politischen Institutionen eine Stimme verleihen. Dann etwa, wenn es um den Schutz der Minderheiten geht, der auf europäischer Ebene immer wieder Gegenstand der Diskussion ist. Hier können wir eine Erfahrung beisteuern, die ihresgleichen sucht. Auf praktischer Ebene ebenso, wie auf wissenschaftlicher, auf der etwa die Europäische Akademie in Bozen oder das Istituto Trentino di Cultura in Trient sich einen Namen gemacht haben.

Und wenn wir den Bogen noch etwas weiter spannen, dann umfasst er – in Form der Entwicklungszusammenarbeit – die ganze Welt. Auch hier können wir als Region und als Länder einen, wenn auch nur bescheidenen Beitrag zu einer friedvolleren und besseren Welt leisten, indem wir die Armut bekämpfen und die Entwicklung fördern.

Die Region, meine Damen und Herren, bildet, wie schon erwähnt, den Rahmen unserer Zusammenarbeit und wird zum geeigneten Instrument, wann immer es darum geht, unsere Interessen geschlossen zu vertreten und ihnen so mehr Gewicht zu verleihen. Mehr als ein politisches Instrument ist die Region heute demnach ein Instrument der institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Ein Instrument, das wir fleißig nutzen, um uns abzusprechen, wann immer gemeinsam Probleme angegangen und gelöst werden sollen. Diese Kooperation reicht weit über die genuinen Zuständigkeiten der Region hinaus. Denn was wir letzten Endes nie aus den Augen verlieren dürfen, ist die Tatsache, dass sowohl Südtirol als auch das Trentino kleine Einheiten in viel größeren Realitäten sind. Im Alpenraum, im Staat, in Europa und – wie uns die Finanzkrise und deren Folgen deutlich vor Augen geführt hat – auch in der Welt.

In diesen größeren Realitäten besteht nur, wer es schafft, Allianzen zu schmieden, und jene zwischen den beiden in dieser Region vereinten Ländern ist eine historische, eine gewachsene und – das möchte ich hier unterstreichen – eine bewährte.

Auch in den kommenden fünf Jahren wird diese Allianz fortgeführt. Im Interesse unserer beiden Länder. Eine Allianz, die eine sehr lange Tradition hat und sich – erlauben Sie mir den Verweis auf das heurige Gedenkjahr – an vielen Fronten bewährt hat. Heute sind diese Fronten glücklicherweise keine kriegerischen mehr. Doch politisch gilt unser Kampf zahllosen gemeinsamen Interessen.

Denken Sie an Brüssel: Wo kämen wir hin, wenn wir immer nur allein in Brüssel auftreten würden? Nirgends, meine Damen und Herren. Dank der Europaregion, dank unserer gemeinsamen Niederlassung in Europas Hauptstadt aber können wir unsere Kräfte bündeln, gemeinsam Interessen vertreten, wenn es etwa um den Schutz der Alpen geht, um den Verkehr, um die Förderung von Berggebieten im Allgemeinen und der Berglandwirtschaft im Besonderen. Wir können vor Ort und von Fall zu Fall größere Seilschaften bilden und so – und nur so – ein Gewicht auf die Waagschale werfen, das im großen Entscheidungsprozess auf Brüsseler Ebene überhaupt wahrgenommen wird. Würden wir allein – als Südtirol, als Trentino – auf der EU-Waagschale Platz nehmen, der Zeiger der Waage würde sich nicht einmal bewegen...

Und gerade weil wir dies erkannt haben, weil wir um die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Ländern wissen, weil wir deren Früchte geerntet haben, würden wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen auch noch gerne weiter ausdehnen. Die Möglichkeit dazu würde uns das entsprechende Protokoll zum Madrider Abkommen geben. Ich sage „würde“, weil dieses Protokoll – bei der Unterzeichnung gefeiert als weiterer Schritt hin zu einem Europa der Regionen – leider in irgendeiner römischen Schublade verstaubt, anstatt vom Parlament endlich ratifiziert zu werden. Seit Jahren schon.

Es ist schier unglaublich: Ich habe in der Vorbereitung auf diese Rede die Regierungserklärung von vor fünf Jahren durchgesehen. Auch darin haben wir die Ratifizierung bereits angemahnt. Passiert ist bis dato nichts. Was uns bleibt, ist weiter darauf zu drängen, dass unsere Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene weiter gefasst werden. Wir fordern dabei nichts Außergewöhnliches, nichts Subversives, nichts, was den Rahmen sprengen würde. Wir fordern nur, dass das römische Parlament

uns die Möglichkeiten zugesteht, denen Italien in Gestalt seiner Regierung bereits zugestimmt hat, und zwar bei der Unterzeichnung des Madrider Abkommens. In keinem Treffen mit römischen Regierungsvertretern versäume ich, auf diesen Punkt hinzuweisen – und ich gehe davon aus, dass es Kollege Dellai ähnlich hält. In keinem Treffen werden dagegen grundsätzliche Einwände erhoben. Und doch schläft das Papier den Schlaf der Gerechten. Doch eines ist sicher: Wir werden weiter versuchen, es aus diesem Schlaf zu wecken, damit wir den Herausforderungen einer immer vernetzteren Welt auch mit entsprechender Vernetzung, mit entsprechender Kooperation, mit entsprechenden Partnerschaften entgegen treten können.

Erlauben Sie mir, den Begriff „Vernetzung“ aufzugreifen, weil er mich auf ein Thema bringt, das für diese Region, für die beiden Länder von kaum zu übertreffender Bedeutung ist: die Mobilität. Segen und Fluch ist sie, das ist altbekannt. Worum es uns gehen muss, ist, den Fluch in für unsere Bevölkerung erträglichen Grenzen zu halten. Und dies bedeutet in erster Linie, die Belastungen, die vom Schwerverkehr auf der Brennerautobahn ausgehen, zu minimieren. Wenn wir hier Fortschritte erzielen wollen, dann nur in der Zusammenarbeit beider Länder: ich denke etwa an die Fortsetzung der Fahrverbote für besonders verschmutzende Lkws, ich denke an eine Ausdehnung dieser Fahrverbote, ich denke an eine neue Berechnung der Maut, sprich: an eine Einrechnung der externen Kosten, ich denke an wirksame Schritte hin zu einer Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.

Und wie Sie alle bereits hinlänglich wissen, denke ich gerade in letzterem Punkt daran, dass die Bestandsstrecke der Brennerbahn einer umfassenden Verlagerung nicht gewachsen ist. Sie kann enorme Steigerungen des Güterverkehrs auf der Schiene nicht schlucken – aus technischen Gründen aber auch – und vor allem – aus Gründen des Schutzes unserer Bevölkerung. Was die Ableitung dessen ist, wissen Sie alle: Wir müssen die Brennerbahnachse technisch dafür rüsten, dass sie ihrer Aufgabe als eine der zentralen Gütertransportachsen Europas, eine der zentralen Nord-Süd-Verbindungen überhaupt gewachsen sein kann und wir müssen diese Strecke, soweit dies technisch machbar ist, untertage führen. Die Stichworte dazu sind altbekannt: Brennerbasistunnel und unterirdische oder zumindest effizient lärmgeschützte, ausgebaute Zulaufstrecken. In Südtirol wie im Trentino.

Seit Jahren schon setzen wir uns gemeinsam für den Ausbau der Eisenbahnachse über den Brenner ein, schon vor Jahren haben wir auch gemeinsame Finanzierungsprojekte für

dieses Bauvorhaben vorgelegt. Die Querfinanzierung etwa, bei der wir Einnahmen der Brennerautobahn für die Finanzierung der Modernisierung und Potenzierung der Eisenbahntrasse auf die Seite legen. Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordnete, wird dieses Konzept nicht sonderlich innovativ vorkommen. Dies deshalb, weil wir die Querfinanzierung seit Jahren gebetsmühlenhaft in die Diskussion um die Finanzierung von BBT und Zulaufstrecken einbringen. Für Europa, meine Damen und Herren, für die EU und auch für die Staaten, die am Ausbau der Brennerachse beteiligt sind, ist dieses Konzept der Finanzierung aber so neu, so innovativ, dass so manch einer an die Einlösung unseres Finanzierungsangebots kaum glauben mag, wie die Schwierigkeiten der letzten Tage auch deutlich gezeigt haben. Es liegt deshalb an uns, an uns gemeinsam, an beiden Ländern, die Querfinanzierung als Geldquelle für BBT und Zulaufstrecken gegen alle Widerstände zu propagieren, die Entscheidungsträger von der Konsistenz dieses Angebots zu überzeugen. Wir werden dies als Regionalregierung tun, wir werden dies – da ist Kollege Dellai meiner Meinung – aber auch als Landeshauptleute von Südtirol und des Trentino tun.

Bei all den Maßnahmen zu Transiteinschränkung und Verlagerung dürfen wir nie vergessen, dass die Nord-Süd-Achse, die durch unsere beiden Ländern verläuft, nicht nur Fluch, sondern eben auch Segen ist. Lebensader. Durch sie – und nur durch sie – liegen wir im Herzen Europas und nicht in dessen Peripherie. Wir können uns deshalb nicht leisten, von den Güter- und Personenströmen abgeschnitten zu werden, denn dies würde für uns, unsere Wirtschaft und damit unseren Lebensstandard bedeutende Folgen haben. Gerade der Personenverkehr auf der Brennerachse – sei es per Eisenbahn, sei es auf der Autobahn – ist für unsere Länder lebenswichtig. Wobei man nicht den Fehler machen darf, „Personenverkehr“ mit „Individualverkehr“ gleichzusetzen. Ich habe bereits in meiner Regierungserklärung vor dem Südtiroler Landtag meine Meinung kundgetan, dass die Ära des Individualverkehrs zu Ende geht. Dieser Entwicklung müssen wir uns stellen, wir müssen darauf reagieren und die besten Voraussetzungen dafür schaffen, aus dieser Entwicklung Vorteile zu ziehen. Dies passiert über eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs oder besser: des öffentlichen Personenverkehrs. In unseren beiden Ländern arbeiten wir auf Hochtouren daran. Was wir nicht vergessen dürfen, ist die Ländergrenzen überschreitende Dimension dieser Bemühungen, vor allem dann, wenn es um internationale Verbindungen geht. Sie alle kennen das Problem, das sich etwa vor wenigen Wochen ergeben hat. Im Zuge der Umstellung auf die Winterfahrpläne haben die

italienischen Eisenbahnen eine Reihe internationaler Zugverbindungen gestrichen, die Trient und Bozen an die Metropolen im Norden und im Süden anbindet. Das ist keine Bagatelle, meine Damen und Herren. Vielmehr geht's hier um fundamentale Interessen unserer beiden Länder: Gerade als Tourismusländer aber auch als Länder, die sich als attraktive Wirtschaftsstandorte positionieren wollen, sind wir darauf angewiesen, dass es möglichst viele, möglichst gute, möglichst effiziente und möglichst schnelle Verbindungen zu den großen Ballungszentren Europas gibt. Wir brauchen die Nabelschnur zu Europa und werden es niemandem erlauben, sie zu kappen.

Deshalb haben wir uns auch gemeinsam gegen die Streichung der Zugverbindungen zur Wehr gesetzt und werden dies auch weiter tun. Zudem wird es notwendig sein, neue Möglichkeiten anzudenken, wie wir als Länder in Eigenregie an einem besseren, nutzerfreundlicheren, effizienteren Angebot auf der Eisenbahnstrecke zwischen Innsbruck und Verona arbeiten können. Ich denke da etwa an den gemeinsamen Ankauf eigener Zuggarnituren, ein Modell, das im Vinschgau bereits Erfolge gefeiert hat und nun unsererseits auch auf das Pustertal ausgedehnt worden ist.

Es bewährt sich hier, was ich vorher im Zusammenhang mit unserer gemeinsamen Europapolitik erwähnt habe. Allein ist das Gewicht unserer Länder ein geringes, treten wir gemeinsam auf, muss man uns und unsere Interessen als einen kleinen aber starken Wirtschaftsraum in Europa zur Kenntnis nehmen.

Eng verknüpft mit Fragen der Mobilität, mit deren Modernisierung aber auch mit deren negativen Folgen ist die Thematik des Umwelt- und des Landschaftsschutzes. Eine Thematik, der gerade wir als Bergregionen eine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden lassen müssen. Warum? Weil Berggebiete besonders sensibel sind. Weil Umweltsünden hier länger brauchen um zu verheilen, als dies anderswo der Fall ist. Und weil eine intakte Umwelt, eine geschützte Landschaft das größte Kapital ist, das wir in unseren Händen halten. Das größte Kapital, wenn es um unseren – nicht nur ökonomischen – Lebensstandard geht, aber auch das größte Kapital in einem rein wirtschaftlichen Sinn. Wo stünden wir ohne unsere großartige Landschaft? Wirtschaftlich im Nichts. Es würde keinen Tourismus geben und damit keine sonderlich große Nachfrage nach Leistungen anderer Sektoren. Es würde kaum Absatzmärkte für die Qualitätsprodukte unserer Landwirtschaft geben und damit auch keine Zukunft für die Bauern. Es würde kaum Arbeitsplätze in der Peripherie geben und damit keine Überlebenschance für Siedlungen

abseits der Zentren. Es würde weder Südtirol in der Form geben, in der wir es kennen, noch das Trentino.

Man muss sich dieses Netz an Abhängigkeiten vor Augen halten, wenn man Umweltpolitik in der Region Trentino-Südtirol betreibt. Und vor allem muss man sich vor Augen halten, wo der Faden anfängt, aus dem dieses Netz gesponnen wird: bei einer – da wiederhole ich mich gerne – intakten Umwelt, einer geschützten Landschaft.

Deshalb – und auch, weil die Erhaltung der Natur letztendlich ein Selbstzweck sein muss – treiben wir gemeinsam Projekte voran, verteidigen gemeinsam die Interessen des Alpenraums, nicht zuletzt in dem Rahmen, den uns die Alpenkonvention steckt. Dabei geht es um die konkrete Arbeit ebenso, wie um die Schaffung gemeinsamer Grundlagen, etwa durch die Sammlung von Daten und den Austausch von Best-Practice-Beispielen. Gerade darin liegt ja auch der große Vorteil der Netzwerkarbeit, der Arbeit mit Partnern: über den Austausch kann man nicht nur Synergien bündeln, man kann auch voneinander lernen, schauen, welche Projekte und Strategien sich wo bewährt haben aber auch erkennen, wo welche Fehler gemacht worden sind. Ganz einfach, um diese nicht zu wiederholen.

Die Region Trentino-Südtirol und darüber hinaus die Europaregion hat heute – das können wir ohne Selbstüberschätzung und in aller Bescheidenheit behaupten – Vorbildcharakter im Alpenraum. Das ehrt uns, weil es zeigt, dass wir mit unseren Entwicklungsstrategien nicht falsch lagen, das bringt aber auch mit sich, dass wir im Brennpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Gerade deshalb müssen wir jeden unserer Schritte zum Schutz unseres Teils der Alpen vorsichtig und wohlüberlegt setzen, wenn wir unser Image als Herz der Alpen nicht gefährden wollen. Denn von diesem Image hängt viel ab: unsere Lebensqualität, unsere Wirtschaft, unsere Zukunft. Womit wir wieder am Anfang dieser Überlegung angelangt wären...

Ich habe in den letzten Minuten viel über die Zusammenarbeit unserer beiden Länder geredet. Über die Zusammenarbeit in Bereichen, die auch nicht genuin in den Zuständigkeitsbereich der Region fallen, in der die Region als Institution vor allem die Rolle eines Ortes des Austauschs, des Gesprächs, des Miteinander, der Kooperation und Koordination bildet. Noch nicht erwähnt habe ich in diesem Zusammenhang den Austausch auf den Ebenen von Kultur, Bildung und Forschung. Und damit im Bereich der Zukunftssektoren schlechthin.

Lassen Sie mich bei der Kultur beginnen. Schon im vergangenen Jahr haben wir einen Versuchsballon enger kultureller Zusammenarbeit gestartet, indem wir gemeinsam die Manifesta 7 ausgerichtet haben. Das Experiment – und das war es allemal – ist gelungen, wir haben gezeigt, dass wir als kleine Länder imstande sind, ein Kulturevent internationalen Rangs, internationaler Größe und internationalen Zuschnitts zu stemmen. Wir haben aber auch gezeigt – und hier weist das Experiment Manifesta über die reine Kulturveranstaltung hinaus – wozu wir imstande sind, wenn wir als Länder an einem Strang ziehen, ohne deshalb die jeweiligen Eigenständigkeit und Eigenheiten hintan zu stellen. Und wir haben wieder einmal bewiesen, wie wenig Ländergrenzen heute noch trennen.

Die Zusammenarbeit ist – gerade kulturell – natürlich sehr viel einfacher, wenn man auf eine gemeinsame Geschichte zurückblicken kann. Dies sollte uns gerade in diesem Jahr bewusst sein, in dem wir der 200. Wiederkehr der Freiheitskämpfe gegen Napoleon und die Bayern gedenken. Nicht die Festkultur soll in diesem Jahr aufleben, sondern ein Gedenken, in dem der Wortteil „Denken“ groß geschrieben wird. In zahlreichen Veranstaltungen werden wir uns mit den Fragen befassen, woher wir kommen, wo wir stehen und wohin wir gehen. Fragen, die nur grenzüberschreitend beantwortet werden können: von Süd-, Nord- und Osttirolern wie auch von Trentinern in gemeinsamen Initiativen und Veranstaltungen.

Auf den positiven Erfahrungen unserer kulturellen Zusammenarbeit sollten wir aufbauen. Zwar hat jedes der beiden Länder eigene Kunst- und Kultureinrichtungen voranzubringen, doch kann aus der Zusammenarbeit Größeres wachsen. Die Regionalregierung denkt hier etwa an gemeinsame Produktionen oder – umfassender – an gemeinsame Programme in den Bereichen Theater, Musik, Tanz, in denen wir renommierte Strukturen zu bieten haben: Die Stiftung Bozner Stadttheater, das Centro Santa Chiara in Trient, das Bozner Teatro Stabile, die Stiftung Haydn-Orchester. Und auch auf Ebene der Museen ist eine bessere Koordinierung anzustreben, wenn wir beispielsweise an die zeitgenössische und moderne Kunst denken, der mit dem MART und dem Museion gleich zwei herausragende Strukturen in unserer Region gewidmet sind. Eine engere Zusammenarbeit dieser Einrichtungen würde nicht etwa dazu führen, dass jede einzelne ihrer Identität verlustig geht, sondern vielmehr zu einem Mehrwert für die Beteiligten und vor allem für alle Kunst- und Kulturliebhaber inner- und außerhalb unserer Region.

Erlauben Sie mir, in meinen Ausführungen über die Kultur auch auf die Bedeutung der Förderung der Minderheiten in unseren Ländern einzugehen. Die ladinische Volksgruppe

ist nicht nur die älteste in der Region, sie ist auch diejenige, die aufgrund ihrer geringen Größe besonderen Schutz und besondere Förderung benötigt. Ich denke dabei nicht nur an die Unterstützung beim Gebrauch der ladinischen Sprache in der Verwaltung, sondern auch – und vor allem – an die Information von Ladinern für Ladinern auf Ladinisch. Es wird deshalb unser Bestreben sein, die ladinische Information vor allem über das Fernsehen auszubauen, die Sendezeiten auszudehnen und dafür zu sorgen, dass die ladinische Redaktion innerhalb der RAI die ihr gebührende Autonomie zugestanden bekommt. Das gilt auch für Forschung und Bildung, sprich: vor allem für den universitären Sektor. Auch hier hat Trient seine Einrichtungen, in Bozen haben wir unsere. Was aber würde es bringen, wenn wir uns, gerade einmal 60 Kilometer voneinander entfernt, gegenseitig Konkurrenz zu machen versuchten? Nichts würde es bringen. Im Gegenteil: Es käme einer riesigen Verschwendung von Ressourcen gleich. Deshalb nutzen wir die Region auch, um die Forschungs- und Bildungstätigkeiten in beiden Ländern abzustimmen, besser zu koordinieren und nicht zuletzt wechselseitig zu fördern. Dabei denken wir vor allem an die Zukunftsbereiche schlechthin: die Informatik, die Biologie, die Umwelttechnologie oder die Energie. Sicher: Der Eitelkeit und dem Kirchturmdenken kommt diese Ausrichtung nicht zupass, doch geht es darum, durch die Konzentration und Koordination der Forschungstätigkeit unsere beiden Länder voranzubringen und so unserem Lebensraum zu einem Platz auf der akademischen und wissenschaftlichen Landkarte zu verhelfen.

Werte Damen und Herren Abgeordnete, Sie werden verstehen, mir vielleicht auch dankbar dafür sein, dass ich in der Regierungserklärung nicht alle Themen anschneide, diese Rede nicht zu einer Liste von Aufgaben ausbaue, die es zu erledigen gilt. Wenn Sie das Gefühl haben, dass in dieser Rede bestimmte Themenbereiche zu Unrecht ausgespart wurden oder nicht den Raum bekommen haben, den sie sich mit Sicherheit verdient hätten, dann erlaube ich mir, Sie auf das Koalitionsprogramm zu verweisen, das wir gemeinsam ausgearbeitet haben und dessen Inhalt ich selbstverständlich vollinhaltlich teile.

Letztendlich, meine Damen und Herren, hat die Region Trentino-Südtirol in den letzten Jahren ein neues Gesicht bekommen. Als Lebensraum, indem wir zu den fortschrittlichsten Lebensräumen in Europa aufgeschlossen, indem wir unsere Länder entwickelt, indem wir unseren Lebensstandard verbessert und unsere kulturelle Identität gefestigt haben. Die Region hat aber auch als politisches Gebilde ein neues, lassen Sie

mich sagen, ein milderes Gesicht bekommen. Nicht mehr Konfrontation oder gar Majorisierung prägen die Arbeit in dieser Institution, sondern Zusammenarbeit, Partnerschaft, Absprache, Koordination und das Wissen darüber, dass wir gemeinsam stärker sind als allein auf weiter Flur.

Dieses neue Klima in der Region wird auch in den kommenden fünf Jahren herrschen, wenn es darum geht, die Herausforderungen anzugehen, die auf uns warten:

Wirtschaftsflaute, Verkehrsprobleme, das Auseinanderklaffen der sozialen Schere.

Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir diesen Herausforderungen nicht nur Herr werden, sondern am Ende der Fünf-Jahres-Amtszeit noch stärker dastehen werden, als wir dies als Trentino und als Südtirol bereits heute tun.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren. Und lassen Sie uns an die Arbeit gehen. Gemeinsam.

Luis Durnwalder